

## Französische Zustände

VON ULRIKE ACKERMANN

Ende letzten Jahres kreierte unsere französischen Nachbarn ein neues Schmähwort für Intellektuelle, die sich dem politisch korrekten Mainstream in der Einschätzung der Jugendkrawalle in der Banlieue zu widersetzen wagten: Fortan belegt man sie in Paris mit dem Titel »néoréacs«, die »nouveaux réactionnaires«. Im Wettstreit mit den angefeindeten USA mußte nun auch in Frankreich ein Pendant zu den amerikanischen »neocons«, den »neo-conservatives«, geschaffen werden. Erfinder war das linksliberale Magazin *Nouvel Observateur*, das seiner Leserschaft die neue Spezies mit dem ausgerufenen Anführer Alain Finkielkraut auf dem Titelblatt präsentierte. André Glucksmann wird dem Club ebenso zugeschrieben wie einige der üblichen Verdächtigen aus dem antitotalitären Milieu. Aber auch Madame Carrère d'Encausse, amtierende Secrétaire de L'Académie Française, Putin-Anhängerin und Kritikerin der Polygamie, ist mit von der Partie, obwohl sie, was ihre politischen Orientierungen angeht, etwas aus der Reihe fällt.

Was haben die Philosophen Glucksmann und Finkielkraut angestellt, um plötzlich als »néoréacs« gebrandmarkt zu werden? Sie erlaubten sich, Taten und Täter der nächtlichen Krawalle beim Namen zu nennen: nämlich kriminelle junge Männer aus Migrantenfamilien, die tagelang ein Fest der Gewalt und des Hasses feierten und dabei Todesopfer in Kauf nahmen. Es waren nicht die »Verdammten dieser Erde«, die »Verlierer der Globalisierung«, die »Entrechteten der Parallelgesellschaften«, die aus sozialer Not gegen die weiße Mehrheitsgesellschaft revoltierten, wie es viele Medien diesseits und jenseits des Rheins in-tonierten.

Die Gewaltausbrüche, so hieß es, seien zwar schrecklich, aber in gewisser Weise

eine zu erwartende Antwort auf das »soziale Problem«, auf die nicht eingelöste soziale Gerechtigkeit und gescheiterte französische Integrationspolitik. Selbst in bürgerlichen Blättern bemühte man die althergebrachte linke Standarderklärung, wonach die Krawalle vornehmlich sozioökonomische Ursachen hätten. So war es den mitleidenden Antirassisten ein leichtes, die Gewalttätigkeiten als Revolte zu legitimieren. Prominent hat dies erwartungsgemäß auch der inzwischen zum Medienstar avancierte Islamist Tariq Ramadan im Gespräch mit dem *Nouvel Observateur* ausführen dürfen. Gegen diese Lesart erhoben Glucksmann und Finkielkraut Einspruch.

André Glucksmann hat in seinem Ende letzten Jahres auf deutsch erschienenen Buch überaus aufschlußreich über den Haß geschrieben, dessen Untertitel *Die Rückkehr einer elementaren Gewalt* lautet: die hochexplosive Mischung aus dem Haß auf den Westen, auf Amerika, auf Israel, auf die Juden und die Frauen, der in den Terrorakten der menschlichen Bomben kulminiert.

In Anlehnung an den römischen Philosophen Seneca markiert Glucksmann drei Stadien des Hasses, die in den Krawallen in Frankreichs Vorstädten in Erscheinung treten: »dolor«, das Selbstmitleid der jungen gewalttätigen Männer als eine Form von Narzißmus, der Salz in die eigenen Wunden streut und in Selbsthaß übergeht. Er verwandelt sich im zweiten Stadium in den Haß auf den anderen, in den »furor«. 2004 sind in Frankreich 28000 Autos angezündet worden, es entstand zwar beträchtlicher Sachschaden, aber alles bewegte sich im »üblichen« Rahmen, an den sich die Nation seit Jahren gewöhnt hatte. Im letzten Winter verbrannten die Jugendlichen in der Banlieue zusätzlich Busse, in denen Menschen saßen, eine Steige-

rung, die den Mord mit einschloß.

Das dritte Stadium ist »nefas«, der Weltenbrand, die Lust an der selbst herbeigeführten Katastrophe: Wer hat mehr in Brand gesteckt? Sie zündeten Fabriken an, die ihnen – zumindest potentiell – Arbeit geben könnten, legten in ihren Stadtteilbibliotheken, Schulen und Kindergärten Feuer, ein rauschendes Fest des Hasses und der Destruktion, begleitet von Freudengeheul. »Ich lege Feuer, also bin ich. Die Flammen, die ihre Geburtsorte auffressen, dienen ihnen als Spiegel, in dem sie ihre Stärke bewundern und ihrer Männlichkeit huldigen«, schreibt Glucksmann.

Ihre Eltern aus der ersten und zweiten Einwanderergeneration haben ihre Elendsviertel nicht in Schutt und Asche gelegt, obwohl auch sie keineswegs in eine paradiesische Konsensgesellschaft kamen, sondern sich in einer Gesellschaft zu integrieren suchten, die schon immer gespalten war. Um so verlogener erscheint Glucksmann das von den Krallen angestoßene Geschrei vom Scheitern der Integration. Mit den Gewaltexzessen haben die Jugendlichen geradezu bewiesen, daß sie sich kaum von randalierenden Bauern unterscheiden, die in revolutionärer Emphase LKWs anzünden und Autobahnen blockieren, um ihren Willen durchzusetzen.

»Deshalb sollte man auch das Werfen von Molotowcocktails als eine französische Tugend anerkennen. In Frankreich lernen die nihilistischen Brandstifter, daß stark ist, wer Schaden anrichtet ... Die Brandstifter gehören zu uns. Sie sind Bürger eines Landes, in dem der ›Geist des Hasses‹ weht.« Den Gutmenschen und Moralaposteln legt Glucksmann nahe, die Augen nicht vor dem realexistierenden Haß zu verschließen und das Böse ins Visier zu nehmen, denn es gehört zur menschlichen Natur.

Alain Finkielkraut hat kurz darauf den geballten Unmut anlässlich eines Interviews in der israelischen Tageszeitung

*Ha'aretz* auf sich gezogen.<sup>1</sup> Einer verstümmelten, nicht autorisierten Fassung in *Le Monde* folgten wütende Attacken, die in Klageandrohungen wegen rassistischer Hetze und der Forderung, Finkielkrauts wöchentliche Radiosendung abzusetzen, gipfelten. Liest man den Text, so mutet die hysterische Aufregtheit recht seltsam an. Eingangs kritisiert Finkielkraut völlig zu Recht, daß die Unruhen in der Banlieue nur unter ihrem sozialen Aspekt verbucht werden. »Das Problem aber ist, daß die meisten Jugendlichen moslemische Schwarze und Araber sind. In Frankreich gibt es auch noch andere Einwanderer, deren Lage schwierig ist – Chinesen, Vietnamesen, Portugiesen –, aber sie nehmen an den Ausschreitungen nicht teil. Deshalb besitzt diese Revolte einen klaren ethnisch-religiösen Charakter.«

Pardautz, mit diesem Satz hatte er den Finger in die Wunde gelegt und war unversehens vom politisch-korrekten republikanischen Tugendpfad der allseits postulierten Gleichheit gestolpert. Die Ursachen der Gewaltexzesse kann man nicht auf eine Reaktion auf den französischen Rassismus reduzieren. Der Haß geht weiter: Er richtet sich gegen den Westen, gegen Frankreich als frühere Kolonialmacht, gegen Frankreich als europäisches Land mit seiner judäo-christlichen Tradition. Es ist ein verspäteter, retrospektiver Haß, ein »antirepublikanisches Pogrom«, so Finkielkraut.

Doch die brandstiftenden jungen Männer wurden wie Rebellen und Revolutionäre behandelt. »Aber anstatt sie dazu zu bringen, sich für ihre Taten zu schämen, haben wir ihnen Legitimität verschafft ... Wenn ein Araber eine Schule ansteckt, ist es eine Rebellion. Wenn ein Weißer das tut, ist es Faschismus.« Für Finkielkraut hat sich der Antirassismus des 21. Jahrhunderts letztlich in eine Ideologie und Quelle der Gewalt verwandelt, wie es der Kommunismus für das 20. Jahrhundert war. Nachdem

<sup>1</sup> In leicht gekürzter Fassung hat die *Welt* das Interview am 10. Dezember 2005 abgedruckt.

der französische Innenminister Nicolas Sarkozy, der die jugendlichen Gewalttäter spontan als »Gesindel« bezeichnet hatte, auch noch Finkielkrauts Äußerungen zustimmte, war es um den Ruf des Intellektuellen geschehen, und er wurde zum Anführer der von den Linken und Linksliberalen eiligst aus der Taufe gehobenen »néoréacs« gekürt. Mit Glücksmann ging man zaghafter um. Denn er attestierte den randalierenden Jugendlichen – wenn auch in sarkastischer Manier – nun in Frankreich angekommen zu sein. Mit ihren Krawallen stellten sie sich als Bürger in die revolutionäre Tradition der Republik, derzufolge man für die Durchsetzung seiner Interessen im Zweifelsfall zur Gewalt greift. Finkielkraut sieht in den Ausschreitungen der Jugendlichen jedoch gerade eine Absetzbewegung von der Republik, weil sie sich nicht als Franzosen begreifen. »Wenn die Einwanderer von ›den Franzosen‹ sprechen, wenn sie Weiße meinen, dann haben wir schon verloren. Wenn ihre Identität irgendwo anders verwurzelt ist und sie nur aus Erwägungen der Nützlichkeit in Frankreich sind, dann sind wir ebenfalls verloren.«

Was passiert im Musterland der republikanischen Tugenden, das sein universalistisches, mit der Revolution erkämpftes Projekt der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit in die Welt tragen wollte? Es mußte mitansehen, wie das amerikanische Modell der Demokratie, in dem das Individuum und sein »pursuit of happiness« im Zentrum stehen, obsiegt hat. Antiamerikanisch bis in die Knochen und befangen im eigenen Größenwahn, Europa als Gegenmacht zu den USA aufbauen zu wollen, hat das Land der EU-Verfassung dennoch ein wütendes Nein entgegengeschleudert. Die Ratlosigkeit ist inzwischen in einer seltsamen nihilistischen und destruktiven Stimmung im Lande aufgegangen. Die Linke liegt bar jeglicher Perspektive am Boden und hat zur Lösung der anstehenden Probleme nichts mehr zu sagen. Lautstark wettet sie weiter gegen Kapitalismus, Globalisierung und Liberalis-

mus; das Echo reicht mittlerweile bis ins bürgerliche Lager hinein. In diesem Vakuum erfand sie sich dann einen neuen Feind in Gestalt der »néoréacs«.

Vier Positionen, die der auserkorenen Gruppe eigen seien, prangert Laurent Joffrin im *Nouvel Observateur* an: Für sie befänden wir uns im Krieg, der am 11. September 2001 erklärt wurde; in diesem Krieg gebe es eine fünfte Kolonne, in der sich eine gewisse extreme Linke mit dem Islamismus verbinde und zum Träger einer neuen Judäophobie werde; es gebe in diesem Kampf »nützliche Idioten«, selbstverständlich Menschen der Linken, die sich weigerten, das Übel zu sehen und zuzugeben, daß ein »dritter Totalitarismus« zurückkehre; diese »nützlichen Idioten« seien nur der Ausdruck eines größeren Syndroms: des Endes des Fortschritts und der drohenden Auflösung der republikanischen, westlichen und jüdisch-christlichen Werte. Was spricht gegen diese Einschätzungen, die die Realität recht genau in den Blick nehmen? Linke und Linksliberale fühlen sich offensichtlich derartig provoziert, daß sie mit großer Ranküne gegen diese »reaktionären« Haltungen zu Felde ziehen.

Zur gleichen Zeit wird noch an anderen Schauplätzen um das nationale und historische Selbstverständnis der Nation gefochten. Ein regelrechter Historikerstreit über die Hinterlassenschaft des Kolonialismus wurde vom Zaun gebrochen. Da mehr als die Hälfte aller Zuwanderer aus dem früheren französischen Kolonialreich stammen, berührt der Streit um die Integrationsprobleme nach den Krawallen in der Banlieue naturgemäß die Fragen der französischen Kolonialvergangenheit. Linke und Grüne sehen in den »Revolten« der Jugendlichen eine Art antikoloniale Erhebung, mit der sie sich gegen die »soziale Apartheid« – verstanden als die Fortsetzung der kolonialen Rassentrennung – zur Wehr setzen.

Angeprangert wird in diesem Zusammenhang ein Gesetz, das im Februar 2005 im französischen Parlament ohne

nennenswerte öffentliche Proteste verabschiedet wurde. Der Artikel 4 fordert dazu auf, an den staatlichen Schulen die »positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee, insbesondere in Nordafrika« anzusprechen. Innenminister Sarkozy verteidigte das Gesetz mit den Worten: »Wir können nicht ewig Reue zeigen.« Die Sozialisten und andere linke Gruppierungen sehen darin den Versuch, die Sklaverei nachträglich gutzuheißen und fordern die Streichung dieses Artikels.

Das Gesetz geht auf einen Initiative konservativer Parlamentarier zurück, die gegenüber den französischstämmigen weißen Rückkehrern aus Nordafrika historische Gerechtigkeit walten lassen wollten. Es war ein Zugeständnis an die ehemaligen Siedler (»pieds noirs«) und Hilfssoldaten (»harkis«), die im Auftrag der Nation für die »mission civilisatrice« gekämpft hatten und nach der Unabhängigkeit Algeriens 1962 vertrieben wurden und zwangsweise nach Frankreich zurückkehrten.

Im Streit um das postkoloniale Erbe manifestiert sich indes auch eine »Opferkonkurrenz«, die sich in einer regelrechten Prozeßwut Bahn bricht. Minderheiten, die sich vermeintlich von der Gedenktradition anlässlich der Vichyverbrechen und der Judenverfolgung ausgeschlossen fühlen, pochen nun auf die Sklaverei, unter der ihre Vorfahren gelitten hatten und reklamieren nachträglich ihren Opferstatus: Sklavenhandel contra Holocaust. Die Neigung nutzen auch islamistische Kreise um Tariq Ramadan für ihre Propaganda, die bei den jugendlichen Migranten in der Banlieue auf fruchtbaren Boden fällt.

In der nachträglichen Untersuchung der Ausschreitungen kamen die französischen Behörden zwar zu dem Schluß, daß die Krawalle nicht von islamistischen Gruppierungen initiiert und organisiert wurden. Dennoch liegt es auf der Hand, das just jene Gruppierungen die Haßpotentiale der Jugendlichen nutzen und schüren werden. Als sich Alain Finkielkraut gegen den Versuch verwahrte, den Holocaust mit dem Verweis auf den

»Genozid der Sklaverei« zu relativieren, warf man ihm Rassismus vor.

In Frankreich ist der Umgang mit einigen herausragenden historischen Fakten per Gesetz geregelt: Das Leugnen des Holocaust ist – ebenso wie in Deutschland – strafbar. Des weiteren wird jede Form von Rassismus, Antisemitismus sowie Leugnen und Verherrlichen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit unter Strafe gestellt. Festgelegt ist außerdem die Anerkennung des Genozids an den Armeniern und die Anerkennung der Sklaverei als Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Das jüngst verabschiedete Gesetz über die »positiven Aspekte« der Kolonialherrschaft nahmen nun auch Historiker zum Anlaß, sich in diese politische Debatte einzuklinken. In ihrem »Manifest für die Freiheit der Geschichte« lehnen sie jegliche staatliche Einmischung in die Geschichtsschreibung ab. Sie fordern die Streichung dieser Gesetze, da derartige Einschränkungen einer Demokratie unwürdig seien. Elisabeth Badinter, Marc Ferro, Pierre Nora, Mona Ozouf, Paul Veyne, Pierre Vidal-Naquet und andere betonen in ihrer Petition: »Erstens. Die Geschichte ist keine Religion. Der Historiker akzeptiert kein Dogma, respektiert kein Verbot, kennt keine Tabus. Er kann stören. Zweitens. Die Geschichte ist nicht Moral. Es ist nicht die Rolle des Historikers, zu preisen und zu verdammten; er erklärt. Drittens. Die Geschichte ist nicht die Sklavin der Aktualität. Der Historiker drückt der Vergangenheit nicht die Schemata der Gegenwart auf und bringt in die Ereignisse von einst nicht die Sensibilität von heute.«

Auf den ersten Blick scheint dies ein ehrenvolles Bekenntnis zum Liberalismus zu sein. Doch spätestens beim letzten Satz wird der aufgeweckte freie Geist doch stutzig. Das Manifest verströmt nicht nur den Geruch der Beweihräucherung der eigenen Zunft, sondern suggeriert, Geschichtsschreibung sei unberührt von der Aktualität – als könne man Geschichte, vergangenes Leben und Erfahrungen der Menschen quasi unter La-

borbedingungen und frei von störenden Bakterien der Jetztzeit unters Mikroskop legen.

Gedeutet und geschrieben wird aber nicht im antiseptischen, zeitlosen Raum, weshalb Geschichte und deren Betrachtung nie davor zu bewahren ist, von der gegenwärtigen Realität berührt und auch immer wieder von deren Akteuren instrumentalisiert zu werden. Dafür liefern die jüngsten Debatten in Frankreich den offenkundigen Beweis! Und Revisionen im Blick auf die eigene Geschichte sind doch gerade Ausdruck eines erweiterten Erfahrungshorizontes, einer Öffnung des Blicks. Es wäre geradezu ein Armutszeugnis für die Geschichtswissenschaft, wenn sie aufgrund neuer Erkenntnisse überholtes Wissen nicht revidierte.

Das letzte Posenstück im französischen »Kampf um die Geschichte« und zugleich ihrer Instrumentalisierung ist das Buch *Le Crime de Napoléon* von dem aus Guadeloupe stammenden Claude Ribbe. Für ihn ist Napoleon der mörderische Vorläufer Hitlers. Die Wiedereinführung der Sklaverei 1802 und die Vorgehensweise der Franzosen, auf ihren karibischen Besitzungen die alte Ordnung wieder herzustellen, beschreibt er als Genozid und vergleicht sie mit der Vernichtung der Juden im nationalsozialistischen Deutschland. Napoleon habe damit den Rassentheorien der Nazis den Weg bereitet. Das ging sogar dem *Nouvel Observateur* und dem Historiker Nora zu weit. Doch selbst der Staatspräsident will in dem Streit Zeichen setzen: Jacques Chirac will einen nationalen Gedenktag für die Opfer der Sklaverei einführen.

All diese Gefechte, die den politischen Raum und das Klima derzeit in Frankreich prägen, verweisen schon auf die näherrückende Präsidentschaftswahl im Mai 2007. Dann wird Jacques Chirac abtreten, und Nicolas Sarkozy oder Dominique de Villepin werden für die »Union pour un Mouvement Populaire« das Rennen machen. Der eine steht für ein liberaleres Frankreich, das sich öffnet –

der andere in gaullistischer Tradition für den bewährten Etatismus und Antiamerikanismus, er wäre damit auch für die Linke wählbar.

Die Sozialisten haben sich noch nicht auf einen Präsidentschaftskandidaten geeinigt. Um die nötigen Stimmen wird bereits jetzt heftig gebuhlt. Im Eifer des Gefechts um die nationale Geschichte scheinen unsere Nachbarn allerdings noch nicht realisiert zu haben, daß sie der »Gegenmacht« jenseits des Atlantiks schon viel ähnlicher geworden sind, als sie wahrhaben wollen. Der selbstbewußt auftretende gerade gegründete »Conseil représentatif des associations noires« verweist ausdrücklich auf das Vorbild der Schwarzen in den USA, die aufgrund der »affirmative action« ihren sozialen Aufstieg in der Gesellschaft befördern konnten. Der Lobbyismus der nicht zuletzt wahlentscheidenden Minderheitengruppen und die »Opferkonkurrenz« gehört seit langem zum amerikanischen Alltag und gräbt sich ins politische Geschehen – ohne das der Staat oder die Gesellschaft deshalb zerfallen wären.

Offensichtlich verübelt man den als Feinden der französischen Republik ausgemachten »néoréacs« insbesondere ihr positives Verhältnis zu Amerika – ganz zu schweigen von ihrem Bekenntnis zu den westlichen Werten, zu Freiheit, Kapitalismus. Sträflich ist zudem, daß die so Bezeichneten im Verlauf ihrer Biographie angesichts der Veränderungen in der Welt und ihrer eigenen Erfahrungen damit politische Positionen revidiert haben – was im übrigen bei ihren amerikanischen Namensvettern, den »neocons«, ähnlich vonstatten ging. Ein Neokonservativer ist laut Irving Kristols berühmter Definition »ein Liberaler, der von der Realität überfallen wurde«. Er revidiert politische Vorstellungen und Überzeugungen zugunsten der Realität – ein Versuch, Ideologien zu überwinden.

Revisionen sind dem Juste-milieu allerdings bis heute suspekt: Sie riechen nach Verrat. Die Vorsilbe »neo« verweist aber gerade auf eine Revision des ursprünglichen Verständnisses und Selbst-

verständnis und spiegelt damit zugleich ihr Tabu. Ihr haftet etwas Negatives, Anrüchiges und Unehrenhaftes an. »Néoréactionnaire«, »neoconservative« und »neoliberal« sind denn auch zu Schmähwörtern in der politischen Auseinandersetzung geworden. Die Zuschreibungen transportieren die Empörung über die so Titulierten, weil sie das Tabu gebrochen haben, indem sie ihre Positionen revidierten. Denn die »néoréacs«, »neocons« und »Neoliberalen« – und da ähneln sich die Feindbilder in Frankreich, den USA oder Deutschland – sind ja noch viel schlimmer und gefährlicher als die altvertrauten »réactionnaires«, »conservatives« und »Liberalen«.

Aber das gebeutelte Frankreich wird nicht umhinkommen, innenpolitische und außenpolitische Positionen zu revidieren. Vielleicht sind gerade die aus der Ratlosigkeit auf die Bühne gehobenen »néoréacs« genau jene, die mit ihren Revisionen eine realitätsgerechte Politik

und historische Selbstvergewisserung beflügeln könnten. Was das zerrüttete Verhältnis zu Amerika anbelangt, ist ja nun mit der Namensgebung eine Assoziation geschaffen und damit ein Anfang gemacht worden.

All der Streit, der zuweilen groteske und häßliche Züge angenommen hat, wird langfristig nicht von dem entscheidenden Grundproblem ablenken können: Ob und wie nämlich die westlichen Demokratien dem Islam begegnen und ob und wie sie ihn in ihre Gesellschaften integrieren können und wollen. Wer weiß, möglicherweise eröffnen sich noch völlig neue Bündnisperspektiven, heraufbeschworen aus polemischen Zuschreibungen und Projektionen, aber im Gegensinn ihrer Erfinder. Denn die über Jahrhunderte hart erkämpften Rechte und Freiheiten der westlichen Demokratien sind ein kostbarer Schatz, den wir frei von Ideologien mit luzidem Realitätsinn und dem Mut zu Revisionen hüten sollten.